



«Ich erhoffe mir ein Lebenszeichen der Basis»

KIRCHE Synodalratspräsident Andreas Zeller erwartet von den Kirchgemeinden Lebenszeichen, die der Grosse Rat hört. Der verordnete Abbau von Pfarrstellen, betont er, dürfe nicht zum Kahlschlag in Randregionen führen.

Der Grosse Rat will weniger zahlen für Pfarrerlöhne, was bis 2017 einen Abbau von 27,5 Vollzeitstellen bedeutet. Die reformierte Kirche möchte den Sparauftrag erst ab 2019 umsetzen. Weshalb?

Andreas Zeller: Ich muss vorausschicken, dass die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) diesen Auftrag umsetzen muss und nicht wir. Sie verfügt über die Pfarrstellen. Wir können nur beraten, wie und wo wir den Stellenabbau sähen. Wir äusserten uns auch nicht zum Zeitplan. Mit dem Hinweis auf 2019 machte der Kirchendirektor einzig auf gültige gesetzliche Grundlagen aufmerksam. Einerseits haben die Pfarrer eine zweijährige Kündigungsfrist, andererseits erhalten die Kirchgemeinden drei Jahre Zeit, um sich neu zu organisieren. Der Grosse Rat entschied sich im Bewusstsein dieser Grundlagen.

Die Regierung verlangt jetzt mehr Tempo. Was bedeutet das? Das setzt den Kirchendirektor Christoph Neuhaus und den Kirchenbeauftragten unter enormen Druck. Sie müssen in Absprache mit uns nach Wegen suchen, um die Massnahme bis 2017 umzusetzen. Unverschuldete Entlassungen, die zu Übergangsrenten führen, sind damit nicht auszuschliessen. Möglich ist auch, dass einzelne Pfarrer den Rechtsweg einschlagen gegen eine Kündigung. Der Kirchendirektor selber ist übrigens der Ansicht, dass er das Geld lieber für aktive Pfarrer als für Renten ausgeben möchte.

Welche Möglichkeiten sehen Sie?

Wir sind intensiv an der Arbeit. Mitte März werden wir unsere Vorschläge der JGK präsentieren. Sicher wird man die Verordnung anschauen müssen, welche die Pfarrstellenprozente pro Kirchgemeinde regelt. Eventuell liessen sich neben der Anzahl Mitglieder auch andere Kriterien berücksichtigen, beispielsweise Topografie und Grösse einer Gemeinde: Es ist nicht das Gleiche, wenn der Pfarrer in der Kirchgemeinde Wengen-Stecheberg-Mürren unterwegs ist oder im Flachland.

Neuhaus hatte vor, Kleinstgemeinden zu mehr Zusammenarbeit anzuhalten. Doch Fusionen sind unbeliebt, wie diese Zeitung gestern aufzeigte. Warum bietet die Kirche nicht Hand dazu?

Wir verschliessen uns der Diskussion nicht. Die Zeichen der Zeit verlangen dies. Aber die Kir-

«Es ist nicht das Gleiche, wenn der Pfarrer in der Kirchgemeinde Wengen-Stecheberg-Mürren unterwegs ist oder im Flachland.»

Andreas Zeller

che will flächenmässig präsent bleiben. Es ist ein Unterschied, ob die Kirchgemeinde aufgelöst wird und verwaist oder weiterhin eine Pfarrperson in der Gemein-

de wohnt, aber einen Teil ihrer Arbeitszeit beispielsweise in einem Altersheim oder einem Spital absolviert. Die Suche nach solchen Lösungen braucht Zeit.

Die Strukturen bleiben also, wie sie sind. Müssen folglich grosse Kirchgemeinden stärker bluten?

Ich weiss nicht, ob man das heute schon sagen kann. Wir werden aber sicher beim Zuordnungsschlüssel schauen müssen, ob wir Stellenprozente reduzieren können. Damit nicht gross gegen klein oder Stadt gegen Land ausgespielt wird, befinden wir uns in regem Kontakt mit dem Kirchgemeindevorstand und dem Pfarrverein.

De facto bedeutet es trotzdem, dass grosse Gemeinden künftig noch weniger Stellenprozente pro Mitglieder erhalten als kleine?

Ja, das ist wahrscheinlich eine der Erkenntnisse.

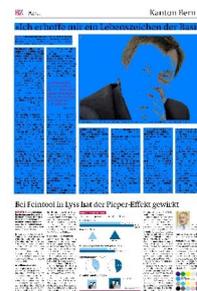
Das könnte zu Unwillen führen in grossen Gemeinden. Die Ge-

samtkirchgemeinde Bern führt seit längerem einen Strukturdialog. Büsst sie am Ende für ihr proaktives Vorgehen?

Das glaube ich nicht. In den grossen Städten werden schon heute alle fünf Jahre die Bevölkerungszahlen überprüft. Die reformierte Kirchgemeinde Bern hat beispielsweise seit 1970 die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Damit einher ging auch ein Abbau von Pfarrstellen.

In der Stadt Bern ist bald jede zweite Kirche überzählig. Was geschieht mit solchen Gotteshäusern?

Die Kirchgemeinde kann sich



wegen des Mitgliederschwunds den Unterhalt nicht mehr leisten. Ich hoffe, dass man die Häuser entweder in gute Hände vermietet oder verkauft. Sie könnten etwa als kulturelle Institution, beispielsweise als Museum oder Theater, genutzt werden. Als Restaurant, wie dies in England oder Holland hie und da zu sehen ist, wünschte ich mir hingegen nicht.

Müssen solche Kirchen formell entweiht werden?

Reformierte Kirchen gelten nicht als sakrale Räume und müssten darum nicht entweiht werden. Aber es gäbe gewiss eine würdige Schliessungsfeier.

Die grossrätliche Sparmassnahme traf die Kirche auch, damit am Ende das ausgeglichene Budget doch noch erreicht wurde. Hoffen Sie, dass sie sich eventuell noch abwenden lässt?

Der Grosse Rat fällt Entscheidungen für 2014, für die Folgejahre sind es lediglich Planungsentscheidungen. Doch die Regierung betrachtet diese nun als verbindlich. Sie

hat für die Junisession konkrete Umsetzungspläne angekündigt. Ich bin angesichts des guten Rechnungsergebnisses für das Jahr 2013 gespannt, wie diese ausfallen werden.

Neuhaus vermisst «reformierten Kampfgeist», schrieb er kürzlich in der Zeitung «Reformierte Presse». Ist die Kirche zu passiv?

Seit diesem Jahr melden sich viele Kirchgemeinden bei Herrn Neuhaus. Neuerdings betreiben besorgte Seelsorgerinnen und Seelsorger eine Facebook-Seite unter dem Namen «Rettet-die-Kirchen-im-Kanton-Bern». Dort findet ein aktiver Austausch statt, an dem sich auch Grossräte beteiligen. Ebenso die Zeitschrift «Reformiert» nimmt sich der Thematik an. Zudem sind wir seit Wochen in engstem Kontakt mit den verschiedenen Gremien.

Andere betroffene Kreise lobbyierten vor der Spardebatte massiv und gingen auf die Strasse, etwa Behindertenverbände.

Zu deren Kundgebung im Novem-

ber vor dem Rathaus begleiteten sie auch Pfarrer. Als ich diese fragte, ob sie für die Kirche ebenfalls auf die Strasse gehen würden, winkten sie mit der Begründung ab, sie könnten doch nicht für ihre eigenen Löhne kämpfen.

Wären Demos denn opportun?

Ich kann als Synodalratspräsident keine Kundgebung organisieren. Dieses Engagement müsste von der Basis kommen.

Sie hätten nichts dagegen?

Wenn Leute aus den betroffenen Randregionen nach Bern kämen, wäre das sicher ein Zeichen. Bei meinen Besuchen erlebe ich lebendige Gemeinden. Darum erhoffe ich mir, ja erwarte ich auch Lebenszeichen, die im Grossen Rat gehört werden.

Wäre es legitim, wenn von der Kanzel aus das Thema eingebracht würde?

Der Gottesdienst ist primär zur Verkündigung des Wort Gottes bestimmt. Es gibt andere Möglichkeiten, zu mobilisieren, etwa Kirchgemeindeversammlungen.

Interview: Christoph Aebischer

Datum: 05.03.2014

BZ BERNER ZEITUNG

Ausgabe Stadt+Region Bern

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 49'605
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 141.10
Abo-Nr.: 1081968
Seite: 11
Fläche: 71'083 mm²



Andreas Zeller, Synodalratspräsident der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, kündigt für Mitte März Sparvorschläge der Kirche an.

Susanne Keller